

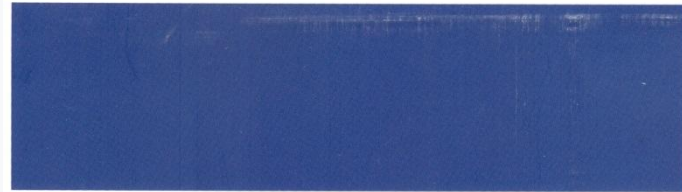
Bewältigungs- und Widerstandsstrategien gegen soziale Ausgrenzung statt Bewährungsproben für die Unterschicht

Prof. Dr. Klaus Dörre, FSU Jena

Aktivierung durch Muße. 15 Jahre Zentrum für Kultur
gegen Armut und Ausgrenzung. 13. Oktober 2015 Diakonie/Berlin.



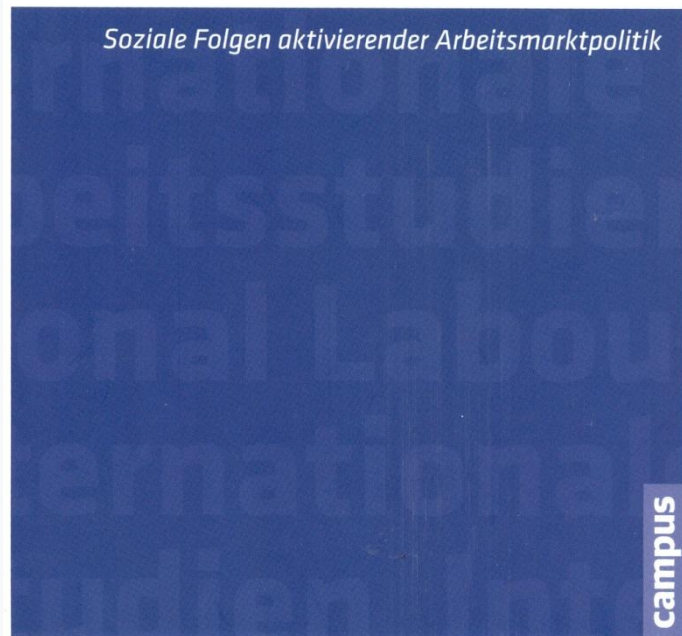
seit 1558



Klaus Dörre, Karin Scherschel, Melanie Booth u.a.

BEWÄHRUNGSPROBEN FÜR DIE UNTERSCHICHT?

Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik



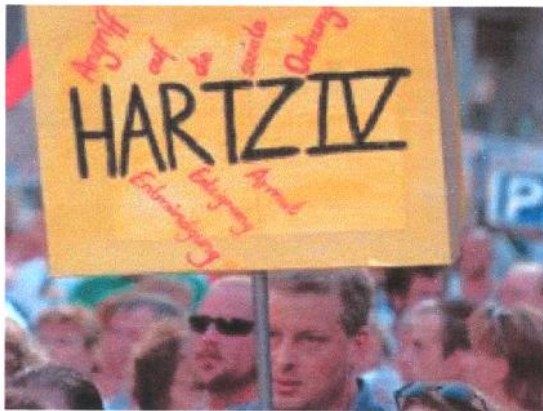
Dörre, Klaus/Scherchel, Karin/Booth, Melanie/Haubner, Tine/Marquardsen, Kai/Schierhorn, Karen (2013):
Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen
aktivierender Arbeitsmarktpolitik. Erschienen in der Reihe
International Labour Studies - Internationale
Arbeitsstudien, Band 3. Frankfurt am Main/New York:
Campus.

Berliner Zeitung

LANGZEITARBEITSLOSE

Politik - 08.08.2013

Hartz IV wirkt wie ein Stigma



Demonstration gegen Hartz IV in Leipzig.
Foto: dpa, 4c

versagt.“

Eine neue Studie der Universität Jena bescheinigt den Hartz-Reformen fatale Folgen. „Die Hartz-IV-Logik produziert das Gegenteil von dem, was sie leisten will: Sie erzeugt Passivität, wo sie Aktivierung vorgibt“, sagte der Soziologe Klaus Dörre.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat die gesellschaftliche Ausgrenzung von Hartz-IV-Empfängern durch die Politik kritisiert. „Es gibt eine Zwei-Klassen-Arbeitsmarktpolitik“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Sozialverbandes, Ulrich Schneider, am Donnerstag. Die Jobcenter kümmern sich vor allem um gut qualifizierte Arbeitssuchende und hielten für Langzeitarbeitslose kaum Möglichkeiten bereit. „Die Menschen werden nicht aktiviert, sondern immer weiter ausgegrenzt, nach dem Motto: Du hast

Quelle: <http://www.berliner-zeitung.de/politik/langzeitarbeitslose-hartz-iv-wirkt---wie-ein-stigma,10808018,23949570.html>,
Stand 02.09.2013

Abo | e-Paper | Info | Anzeigen | Genossenschaft | Shop | Café | weitere



taz.de

POLITIK

GESELLSCHAFT KULTUR SPORT BERLIN NORD WAHRHEIT

Studie zu zehn Jahren Hartz-IV-Politik

Bürger auf Bewährung

Soziologen aus Jena untersuchen die Folgen der Arbeitsmarktpolitik. Sie widerlegen das Vorurteil, dass Jobsuchende in Resignation abgleiten.



Holzabfälle zu Parkbänken – Hauptsache, man bleibt in Bewegung; Ein-Euro-Jobber in Kassel.

Bild: dpa

Öko / Arbeit

WOLFGANG ENGLE

THEMEN

Klaus Dörre Teil
Hartz IV

So viele Erwerbstätige wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik, die geringste Arbeitslosenquote seit der Wiedervereinigung, die Arbeitslosen selbst infolge Zusammenlebens

Quelle: <http://www.taz.de/!120837/>,
Stand 02.09.2013

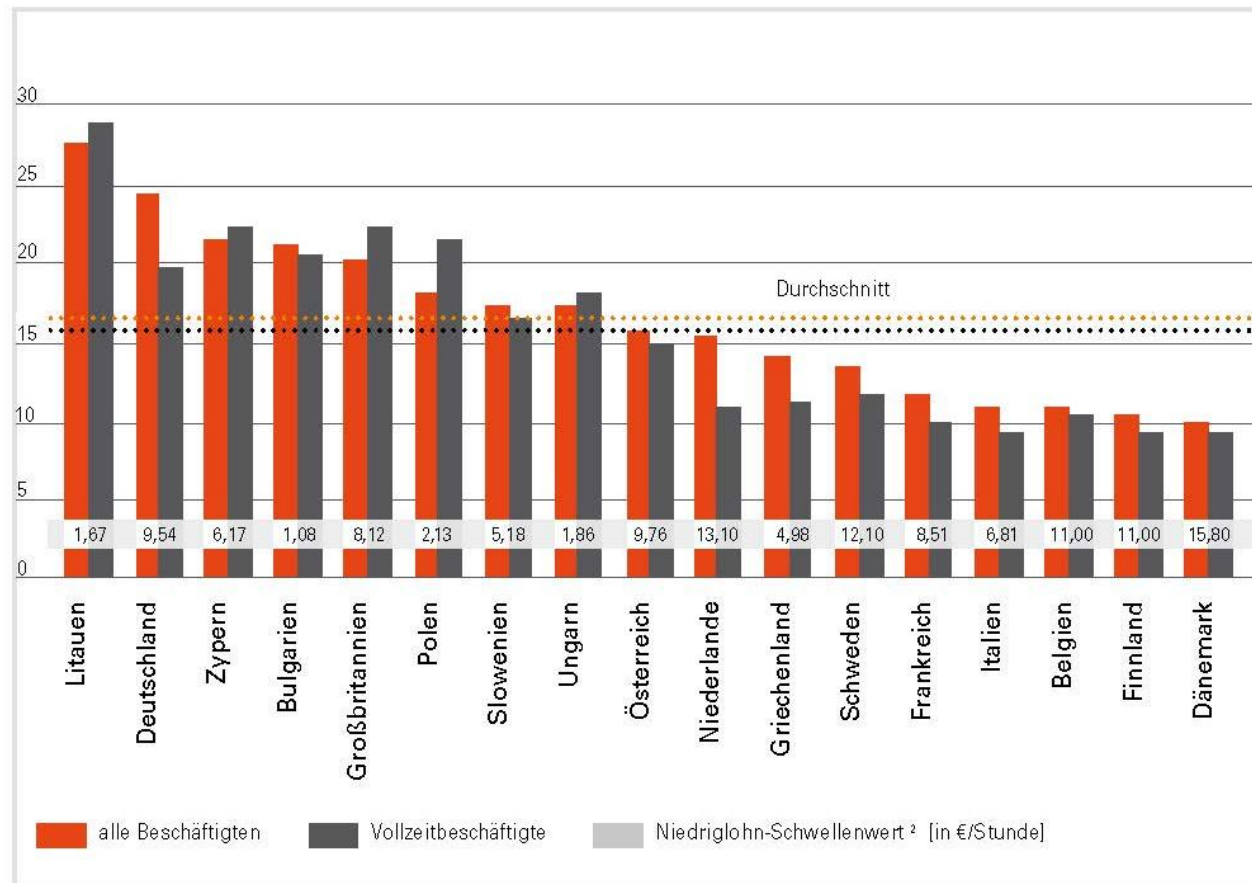
Erwerbstätigkeit und Arbeitsstunden

	1991	2000	2005	2012	2013
Erwerbstätige*	38.712	39.382	38.976	41.608	41.847
Arbeitsstunden**	60.082	57.922	55.775	57.973	58.052
je Erwerbstätigem	1.552	1.471	1.431	1.393	1.387
Arbeitnehmer*	35.148	35.387	34.559	37.060	37.378
Arbeitsstunden**	51.768	48.650	46.325	48.779	49.059
je Arbeitnehmer	1.473	1.375	1.340	1.316	1.313

Quelle: Statistisches Bundesamt/Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Hinweis: *in Tausend / **in Millionen

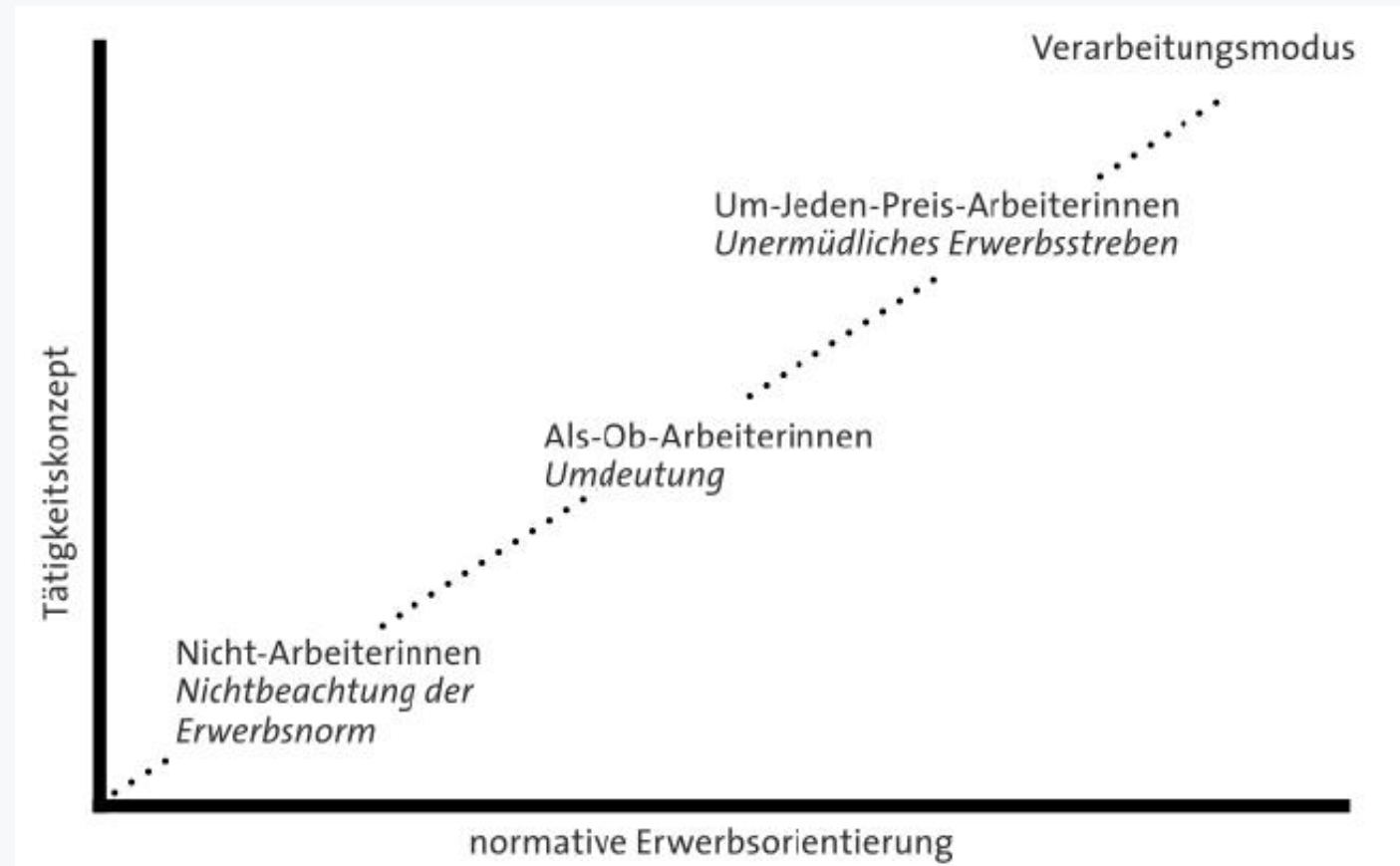
Niedriglohnquoten¹ in 17 europäischen Ländern 2010 (in Prozent)



Quelle: Rhein, T. (2013): Erwerbseinkommen. Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich. IAB-Kurzbericht 15/2013, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S. 3.

Hinweis: 1: Anteil der Geringverdiener an allen Beschäftigten / 2: Zwei Drittel des mittleren Lohns (Median); die Werte von Nichteuroländern wurden zu nominalen Wechselkursen umgerechnet.

Konstruktion
der
Grundtypen



Subtypen (differenziert nach antizipierten Chancen und Erfahrungen mit Erwerbsarbeit)	
Um-Jeden-Preis-Arbeiterinnen	Aussichtsreiche Alternativlose
Als-Ob-Arbeiterinnen	Schein-Reguläre Bürgerschaftlich-Engagierte
Nicht-Arbeiterinnen	Ziellose Resigniert-Eingerichtete

Abb. 9: Die Subtypen

- (1) Die Typologie belegt, dass die große Mehrzahl der Befragten von sich aus und unabhängig von strengen Zumutbarkeitsregeln bestrebt ist, aus der Erwerbslosigkeit herauszukommen oder diese zu vermeiden. Reguläre Erwerbsarbeit gilt mehrheitlich als Norm, die individuell nicht in Frage gestellt werden darf. Erst wenn diese Norm biographisch nicht mehr zu realisieren ist, kommt es zu Umdeutungen und Anpassungen.
- (2) Das in der Öffentlichkeit kommunizierte Bild passiver Erwerbsloser entspricht nicht der Realität. Die Leistungsbezieherinnen sind mehrheitlich aus freien Stücken aktiv. Häufig handelt es sich um »arbeitende Arbeitslose« mit knappen Zeitbudgets. Ihr Hauptbestreben ist es, eine Position oberhalb der Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität zu erreichen.

- (3) Nur beim Typus der Nicht-Arbeiterinnen findet sich eine Nichtbeachtung der Erwerbsnorm. Diese Personen haben eine Erwerbsnorm entweder nicht ausbilden können, oder diese Norm hat aufgrund lang anhaltender Erwerbslosigkeit ihre lebenspraktische Bedeutung verloren.
- (4) Hinweise, die auf eine generelle Abkehr der Befragten von bürgerlichen Werten, von Leistungsprinzip und Aufstiegsstreben schließen lassen, liefert die Typologie subjektiver Erwerbsorientierungen nicht.

- (1) Die Anwendung strenger Zumutbarkeitsregeln steht im Zentrum von Bewährungsproben, die das aktivierende Arbeitsmarktregime konstituiert. Zumutbarkeit darf jedoch nicht auf den juristischen Kern des Begriffs reduziert werden. Die Strenge des Regimes äußert sich in unterschiedlichen Erfahrungsdimensionen, die von materieller Knappheit bis hin zu Eingriffen in die Familien- und Geschlechterarrangements reichen.

- (2) Während manche Befragte die Kontrollpraktiken als Teil einer vertraglichen Vereinbarung akzeptieren, beschreibt die Mehrzahl das Wettkampfgemeinschaftsregime als bürokratischen Zwangsapparat, der einige privilegiert, andere abwertet und jene, die langfristig im Leistungsbezug bleiben müssen, stigmatisiert
- (3) Bürokratischem Zwang begegnen die Leistungsbezieher mit eigensinnigen Praktiken. Die eigentümliche Wirkung so geführter Kraftproben besteht darin, dass die Leistungsbezieherinnen sich als Angehörige einer stigmatisierten Gruppe wahrnehmen.
- (4) Nicht wegen, sondern trotz strenger Zumutbarkeitsregeln gelangen Befragten individuelle Positionsverbesserungen. Die große Mehrzahl zirkuliert jedoch zwischen prekärer Beschäftigung, sozial geförderter Ersatzarbeit und längeren Phasen der Erwerbslosigkeit.

»... da hat sie mich wieder vorgeladen, meine Leistungsrechnerin, die Frau M., was das da soll, meine Ablehnung, sie liest das so, als wenn ich jede Wohnung ablesen, äh, ablehnen würde, und da muss man ja nun vorsichtig sein mit den Äußerungen, ja. Da hab ich gesagt: ›Ich zieh auf keinen Fall in so n Assiblock, weil ich hab n vernünftiges soziales Umfeld hier, und da möchte ich auch bleiben‹, sag ich, ›sonst könnt ihr mich gleich in die Klapsmühle bringen oder ich springe dann vom Balkon.‹ Ach, da war ich bei meiner Ärztin, hab der das erzählt, da hat ich n Termin und da hat die mir sofort n Attest geschrieben. Sag ich [...]: ›Wenn das hier so weiter geht und die jetzt Druck machen‹, sag ich, ›spring ich vom Balkon.‹ So aus Quatsch eigentlich mehr, ja: ›... spring ich vom Balkon.‹«

(Frau Richter, 51 Jahre alt, erwerbslos)

»Es spielt keine Rolle, dass man Jahrzehnte in Lohn und Brot war, einen gewissen Lebensstandard [hatte], Werte sind ja eh nicht, aber man hat ein bürgerliches Leben geführt und da wird man jetzt rausgekickt. [...] Und, also dieses Finanzielle ist schwer, aber das ist nicht der Punkt, sondern dieser soziale Abstieg... Also, man fühlt sich wie ein Mensch zweiter, dritter Klasse. Und die Behandlung auf den Ämtern ist auch nicht besser, denn das, was die dort in den PCs haben, ist ja nicht die Vita der Betroffenen, sondern halt eben die letzten fünf Jahre.«

(Frau Moritz, 9: Jahre alt, erwerbslos)

... Der Kleine nicht, der Politiker kann was machen.

I1: Denken Sie, da passiert noch mal was?

Frau K.: Nee. Für den kleinen Mann passiert gar nichts mehr... Das interessiert die nicht, solange wie kein Aufstand kommt wie '53, passiert hier nichts mehr.

I1: Also Sie haben das vorhin ganz schön beschrieben, dass die Menschen an sich doch schon sehr, sehr wütend sind, auch beim Arbeitsamt mal schreien.

Frau K.: Passiert nichts, Resignieren im Grunde genommen. Für mich ist das Resignation, beziehe ich mich mit ein...

I2: Warum haben Sie gesagt 1953 und nicht 1989?

Frau K.: Weil '89 ging friedlich ab. I2: Und Sie glauben friedlich kann's nicht mehr abgehen? Frau K.: Nee, glaube ich nicht... So was, wie '89, das war einmalig. Das gibt's nicht mehr, das kommt nie wieder...

(Auszug aus einem Interview mit einer 59-jährigen Bezieherin von Arbeitslosengeld II, August 2009).

Befund eins, Ortlosigkeit: Ein erheblicher Teil der Befragten hat Schwierigkeiten, sich selbst in der Gesellschaft zu verorten. Die Erwerbslosen und prekär Beschäftigten beklagen Diskriminierungen, aber viele wollen sich weder als arm bezeichnen noch möchten sie in den unteren Etagen der Gesellschaft verortet werden. Manche platzieren sich auf Nachfrage demonstrativ „in der Mitte“. Andere wiederum können mit Gesellschaft nichts mehr verbinden; ihre Welt ist der Mikrokosmos eigener sozialer Kontakte und Beziehungen; was jenseits dieses Mikrokosmos geschieht, ist für sie schlicht irrelevant.

Befund zwei, Schutz vor Selbstabwertung: Dass sich die Befragten weigern, Begriffe wie Armut oder Unterschicht zur Selbstbeschreibung ihrer Lage zu nutzen, erklärt sich wohl aus der negativen Konnotation dieser Bezeichnungen. Die Betroffenen fürchten, ihre schwierige Lage und die erlebte Abwertung mit „kontaminierten“ Begriffen noch zusätzlich zu belasten. Weder Unterschicht noch Prekariat sind, das jedenfalls lässt sich festhalten, gegenwärtig Kategorien, auf diese sich eine positive Klassenidentität gründen könnte.

Befund drei, Verlust des Politischen: Zwar sind gesellschaftskritische Sichtweisen, oder zumindest Bruchstücke davon, unter den befragten Leistungsbezieher*innen durchaus verbreitet. Es kann jedoch kaum von einer kritikhaltigen „Gesamtkonzeption“ des Alltagsbewusstseins gesprochen werden. Offizielle Politik findet subjektiv nicht statt, sie hat nichts mit dem eigenen Leben zu tun. Sofern die Befragten politische Wertungen vornehmen oder politische Urteile fällen, folgen sie einer situativen, affektiven, emotional aufgeladenen Logik. Verschwörungstheorien und Personalisierungen sind allgegenwärtig. Das (Klassen-)Ethos übertüncht logische Inkonsistenzen und Widersprüche der im weitesten Sinne politischen Stellungnahmen. Eine Ausnahme bilden allenfalls diejenigen, die sich in Arbeitsloseninitiativen oder anderen politischen Organisationen engagieren.

Ein Plan B für die Verwundbaren:

(1) Wir benötigen eine Ästhetik der Widerständigkeit.



Quelle: <http://i0.wp.com/www.heyuguys.com/images/2012/04/Le-Havre-Movie-Poster.jpg>

- (2) Dem ideologischen Krieg gegen die Unterklassen muss etwas entgegen gesetzt werden, indem wir das Unsichtbare sichtbar machen.
- (3) Die Bewährungsproben können entschärft werden, wenn der Eigensinn der LeistungsbezieherInnen gestärkt wird („every-day-life resistance“). Wir benötigen Hilfe zur Selbsthilfe.
- (4) Die Gerechtigkeitsmaßstäbe müssen verändert werden. Nicht alles, was Arbeit schafft, ist gerecht. Gerecht ist, wenn denen unten nichts zugemutet wird, was man nicht auch von denen oben verlangen würde.

- (5) Die Sanktionspraxis muss beendet werden. Wenn eine reiche Gesellschaft Menschen (scheinbar) ökonomisch nicht mehr braucht, muss sie ihnen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.
- (6) Die exklusive Solidarität gesichert Beschäftigter kann überwunden werden. Hartz IV diszipliniert alle!
- (7) Günstige Gelegenheitsstrukturen vorausgesetzt, sind soziale Bewegungen auch der Verwundbarsten möglich.

- (8) Wir benötigen ein alternatives Gesellschaftsprojekt. Es muss mindestens umfassen:
- Auskömmliche Grundsicherung als soziales Recht
 - Förderung von Autonomie, Teilhabe und Qualifizierung
 - Sanktionsmoratorium, Abschaffung von Sanktionen
 - Löhne/Einkommen zum Leben für alle, Entprekariisierung,
 - demokratische Umverteilung, umverteilende Steuerpolitik, Entlastung der Kommunen
 - weiter Arbeitsmarkt,
 - „gute Arbeit“ in den Humandienstleistungen,
 - Intelligente Arbeitszeitverkürzung; „kurze Vollzeit für alle“.
 - Eine Kultur der Solidarität mit und unter den Verwundbarsten.